

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die zurückliegende Sitzungswoche des Hessischen Landtags begann wieder einmal mit einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, in der er mit schönen Worten das Bild einer nahezu perfekten Corona-Politik der schwarz-grünen Landesregierung gezeichnet hat. Dabei hat er viele wichtige Fragen offengelassen, aber das hat mich nicht überrascht. In meiner Antwort habe ich aufgezeigt, wo es in Hessen in der Pandemie nicht gut läuft. Beim Testen, beim Impfen – und ganz konkret auch in der alltäglichen Situation in den Alten- und Pflegeheimen. Noch immer leben dort viele (auch geimpfte) Bewohnerinnen und Bewohner in beinahe völliger Isolation. Das erzählen uns Angehörige und Träger jeden Tag. Ein souveräner Ministerpräsident könnte diese Hinweise aufnehmen, um die Lage der Menschen in den Heimen zu verbessern und um darüber aufzuklären, was erlaubt

und was eben nicht erlaubt ist. Volker Bouffier hat sich jedoch dafür entschieden, weder das eine noch das andere zu tun. In einer persönlichen Erklärung ergriff er das Wort. Nicht, um auf die Lage der Menschen einzugehen, sondern um die Verordnung vorzulesen und damit zu belegen, dass Kontakt und Aktivitäten nicht verboten seien. Das zeigt, wie weit der Ministerpräsident und seine Landesregierung von der Realität der Menschen entfernt sind. Es hilft den Menschen nicht, dass jeder Missstand von der Landesregierung geleugnet wird. Es hilft den Menschen in den Pflegeheimen nicht, dass ihre Einsamkeit nicht in der Verordnung steht. Helfen würde es, endlich hinzuschauen und die Träger aufzufordern, die Bewohner aus der Isolation zu holen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre Nancy Faeser

BOUFFIER ZÖGERT UND ZAUDERT

REGIERUNGSERKLÄRUNG



In der Aussprache zur Regierungserklärung zur Corona-Lage des Ministerpräsidenten kritisierte die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, dass die schwarzgrüne Corona-Strategie nicht von klaren Entscheidungen und entschlossenem Handeln geprägt sei, sondern von Zögern und Zaudern. „Das, was wir jetzt brauchen sind aber Klarheit und Konsequenz“, sagte Faeser. Wohin die schwarzgrüne „Besonnenheit“

führe, lasse sich am Fortschritt der Impfkampagne ablesen: „Ans Ende der Tabelle. Kein Bundesland impft langsamer und chaotischer als Hessen. Noch immer warten Zehntausende von impfwilligen Über-80- und Über-70-Jährigen auf die Immunisierung. Dabei ist das Impfen die größte Hoffnung, aus dieser Pandemie wieder herauszufinden. Und Schwarzgrün bekommt es nicht organisiert.“ Faeser forderte, dass schnellstmöglich auch Betriebsärzte mit impfen können. „Die Landesregierung muss außerdem dringend die Krankenhäuser entlasten: finanziell und personell“, so Faeser. Dem Ministerpräsidenten persönlich warf sie vor, die Akzeptanz der so genannten „Bundesnotbremse“ durch sein Verhalten geschwächt zu haben: „Sie haben den Eindruck

vermittelt, dass Sie nur aus Staatsräson zugestimmt zu haben, nicht aus Einsicht in die Notwendigkeit dieser Maßnahme. Und danach haben Sie auch noch Schüler, Eltern und Lehrer in Hessen ins Chaos gestürzt, als Sie nämlich andeuteten, die neue Bundesregelung zu den Schulschließungen werde in Hessen nicht sofort umgesetzt, obwohl die Rechtslage völlig eindeutig war.“ Die Schülerinnen und Schüler gehörten ohnehin zu denen, die in der Pandemie die größten Schwierigkeiten hätten. „Die Klassen 7 bis 11 haben seit Dezember kein Klassenzimmer von innen gesehen. Dadurch wird eine wachsende Zahl von Schülerinnen und Schülern vom Lernstoff abgehängt, viele andere gehen sozial und emotional verloren. Eine schlüssige Schulstrategie für die Pandemie hätte das verhindern können.“

SOLIDARISCH DURCH DIE KRISE

In der Corona-Krise stehen der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft seit über einem Jahr vor einer großen Bewährungsprobe. Die SPD-Fraktion hat deshalb einen Antrag eingebracht, der Lösungsansätze für die aktuellen Herausforderungen aufzeigt. Neben dem Schutz der Gesundheit müsse die Frage, wie wir Millionen von Beschäftigten vor krisenbedingtem Arbeitsplatzverlust und vor einer Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lohnbedingungen schützen können, im Mittelpunkt stehen. „Viele Menschen sehen in eine ungewisse Zukunft oder haben ihren Arbeitsplatz bereits verloren. Deshalb

müssen gerade jetzt Solidarität, Respekt und Wertschätzung in der Arbeitswelt eine herausragende Rolle spielen“, mahnte der arbeitsmarktpolitische Sprecher. Betriebe wie Conti seien leider leuchtende Negativbeispiele für mangelnde Solidarität und das Ausnutzen der Krise für von langer Hand geplante Standortschließungen. Decker forderte die Landesregierung auf, sich bei der Unterstützung existenzgefährdeter Branchen, Betriebe und Solo-Selbstständiger und der damit gefährdeten Arbeitsplätze mit eigenen Mitteln stärker einzubringen. „Dazu zählt

#GEMA1NSAM
SOLIDARISCH DURCH
DIE KRISE!

FÜR FAIRE ARBEIT & FAIREN LOHN.

aus unserer Sicht eine Stärkung und Ausweitung der Tarifbindung, eine weitere Einschränkung bei sachgrundlosen Befristungen, ein Mindestlohn von 12 Euro, und ein wirksamer Arbeitsschutz. Noch wichtiger ist aber, dass es keine verlorene Generation Corona gibt, die keine Ausbildungsplätze mehr findet“, machte Decker deutlich.

FREIWILLIGE FEUERWEHREN UNTERSTÜTZEN

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP



Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Hessische Landtag in einer Aktuellen Stunde über die Situation der freiwilligen Feuerwehren in Hessen und den faktischen Ausbildungsstopp für deren aktive Mitglieder debattiert. „Die Aktiven in den Feuerwehren brauchen unsere Unterstützung. Was sie nicht brauchen ist ein Innenminister, der sie in Sonntagsreden zwar lobt aber dann im Regen stehen lässt. Durch die Vorgabe einer Inzidenz von unter 35 Neuinfektionen verantworten Sie, Herr Innenminister, ein faktisches Verbot aller Lehrgänge“, kritisierte der Fachsprecher für Feuerwehr und Katastrophenschutz der SPD-Fraktion, Tobias Eckert. Es brauche Pläne, wie trotz Pandemie Ausbildungsmöglichkeiten sichergestellt werden könnten, um das Niveau der Wehren aufrechtzuerhalten und den Nachwuchs zu schulen, so Eckert. In diesem Zusammenhang hob er erneut die Bedeutung eines schnellen Impfschutzes für die Rettungskräfte hervor: „Um es mit den Worten des Landesfeuerwehrverbands zu sagen: Das Land hat die Feuerwehrkräfte zu Rettern ohne Schutz gemacht.“

SCHUTZ UND FAIRE BEDINGUNGEN FÜR SAISONARBEITSKRÄFTE

Auch in diesem Jahr ist die Erntesaison mit besonderen Kraftanstrengungen verbunden. In einer Aktuellen Stunde zu den die Arbeits- und Lebensbedingungen der Erntehelferinnen und -helfer erklärte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Decker: „Dank des Mindestlohns, der Arbeitsschutzrichtlinien und dem Arbeitszeitgesetz, hat die SPD auf Bundesebene bereits viele Maßnahmen ergriffen, um einer Ausbeutung der dringend benötigten Erntehelferinnen und -helfer entgegenzutreten.“ Auch im Gesundheitsschutz habe man nachgelegt und sich auf die besonderen Bedingungen der Pandemie eingestellt. Eine Umgehung dieser Vorgaben dürfe keinesfalls geduldet werden. Er forderte die Landesregierung daher zu stärkeren Kontrollen der Arbeits- und Unterkunftsbedingungen auf. Zudem müsse die Spirale des Preisdrucks für die Erzeugerinnen und Erzeuger unterbrochen werden, um sowohl ihnen wie auch den Beschäftigten zu helfen.



WORTE PFLANZEN KEINE BÄUME

Der forstpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Heinz Lotz, hat



im Hessischen Landtag kritisiert, dass Umweltministerin Hinz zu wenig für einen effektiven Waldumbau getan habe. „Die Borkenkäfer-Bekämpfung wurde Ende 2020 auf Weisung des Umweltministeriums gestoppt und die Kürzungen beim Personal von HessenForst wurden erst auf Druck der Opposition ausgesetzt. Die SPD steht zu einem Umbau des Waldes, allerdings wollen wir Taten sehen und weniger Worte hören“, so Lotz.

NACHHALTIGE FINANZIERUNG UND AUFSTELLUNG VON HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSSTANDORTEN

In einer Aktuellen Stunde zur Stärkung des Forschungsstandorts Hessen kritisierte die forschungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer, dass Hochschulen viele Mittel einwerben müssten, da die Landesmittel nicht ausreichen würden. Im Ausschuss habe man am Beispiel einer Hochschule sehr deutlich erkennen können, dass das Land lediglich mit 5,4 % an den Drittmitteln für Forschungszwecke über das Programm Loewe beteiligt sei. „Außerdem ist deutlich geworden, dass es eine gute Grundfinanzierung braucht, um überhaupt drittmittelfähig zu sein“, sagte Sommer. Das für Hessen bittere Abschneiden bei der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder sei eine Bankrotterklärung für die schwarzgrüne Schaufensterpolitik. „Jetzt 40 Millionen für die Exzellenzinitiative in Aussicht zu stellen, ist richtig, kommt aber spät“, kritisierte Sommer.



FÜR MEHR BARRIEREFREIES WOHNEN

WOHNUNGSBAU



Für Wohnungen ohne Barrieren: Überall in Hessen!

Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung der Hessischen Bauordnung (HBO) hat sich die SPD-Fraktion für ein verstärktes Engagement für barrierefreien Wohnraum eingesetzt. „Es reicht einfach nicht aus, wenn lediglich bei Gebäuden ab sechs Geschossen mehr barrierefreier Wohnraum zur Verfügung gestellt werden muss. Das betrifft insbesondere den länd-

lichen Raum, wo Wohngebäude mit sechs oder mehr Geschossen die Ausnahme sind.“ Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion soll das ändern: „Menschen mit Beeinträchtigungen, aber auch viele ältere Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sollen künftig bessere Möglichkeiten haben, überall eine ihren Bedürfnissen angepasste Wohnung zu finden, bzw. ihr angestammtes Wohnumfeld nicht aufgrund von Mobilitätseinschränkungen verlassen zu müssen“, so Barth. In ihrer Gesetzesänderung fordert die SPD eine Verbindung der ehemaligen Regelung in der HBO, dass grundsätzlich die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei sein müssen, mit der 2019 neu geschaffenen Regelung, wonach 20 Prozent aller Wohnungen in Mehrfamilienhäusern barrierefrei sein müssen.

MENSCH ACHE DEN MENSCHEN

GEDENKSTÄTTE HADAMAR



Unterstützung für die Gedenkstätte Hadamar: GEGEN DAS VERGESSEN.

„Gedenkstätten werden für unser Erinnern immer wichtiger, da es kaum noch Zeitzeugen gibt, die uns von den Verbrechen der Vergangenheit erzählen können“, hat sich Angelika Löber für die Förderung

der Gedenkstätte Hadamar eingesetzt. Die ehemalige nationalsozialistische Tötungsanstalt habe sich zu einem zentralen Ort des Erinnerns und Gedenkens entwickelt und stehe heute als „Synonym für die Euthanasie-Verbrechen an Tausenden Frauen, Männern und Kindern.“ Authentische Orten wie dieser ließen das unmenschliche Leid, das den unschuldigen Opfern zugefügt wurde, in besonderer Weise erahnen. „Die Verbrechen, die in Hadamar verübt wurden, waren nicht weit weg, sondern immer besonders präsent“, betonte Löber. „Den letzten Gang der Opfer

selber zu gehen, hat mich selbst tief bewegt“, sagte die SPD-Abgeordnete. Politisches Desinteresse, Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal anderer und der Vorrang persönlicher Bedürfnisbefriedigung seien heute allgegenwärtige Verhaltensweisen und würden den Boden für die Ausgrenzung und die Vernichtung von Menschen bereiten. „Wir müssen besonders wachsam sein, uns erinnern und aufklären über den aktuellen Bezug der Gedenkstätte“, sagte Löber und verwies auf die Inschrift auf der Stele des Gedenkfriedhofs: „Mensch achte den Menschen“.

OPEN-DATA-GESETZ



„Daten sind wertvoll und könnten viel mehr bewirken, als sie es derzeit in Hessen dürfen“, machte Nadine Gersberg in der Aussprache zum Open-Data-Gesetzentwurf der FDP deutlich. Die datenschutzpolitische Sprecherin kritisierte den bislang sehr restriktiven Umgang der Landesregierung mit Daten: „Fortschritte in der Wissenschaft, Innovationen und Transparenz werden so verhindert.“ Die Erhebung von Daten in Ministerien und Behörden werde von Steuergeldern bezahlt. Diese Daten müssten deshalb auch den Steuerzahlenden zur Verfügung gestellt werden. Wichtig sei dabei aber auch der Datenschutz: „Im Fokus muss der verantwortungsbewusste Umgang mit digitalen Daten stehen.“

BESCHÄFTIGTE IN KITAS SCHÜTZEN & IMPFEN

Lisa Gnadl hat in der Debatte über die Bedingungen der Kinderbetreuung während der Pandemie die Landesregierung erneut aufgefordert, für Schutz und sichere Arbeitsbedingungen in den Kitas, Krippen und bei den Tagespflegepersonen zu sorgen. „In der Krise ist uns noch einmal vor Augen geführt worden, wie wichtig eine gute und verlässliche Betreuung und Förderung unserer Kinder ist. Gleichzeitig sind die in diesem Bereich Tätigen besonderen Risiken ausgesetzt, weil sie täglich mit vielen Kindern zusammenkommen, dabei aber kaum Abstand und andere Hygieneregeln einhalten können“, so Gnadl. In einem Dringlichen Antrag hat die SPD-Fraktion die Landesregierung aufgefordert,



die vollständige Impfung der Erzieherinnen und Erzieher, der Azubis in Kitas sowie der Tagespflegepersonen zu beschleunigen, eine flächendeckende Teststrategie für Kitas aufzulegen, ausreichend kostenlose Masken zur Verfügung zu stellen und die Kita-Gruppen strikter voneinander zu trennen. „Das Chaos der hessischen Impfkampagne hat beim Impfen des Kita-Personals eine besondere Qualität“, kritisierte Gnadl. Bei der Teststrategie fordere die SPD-Fraktion außerdem, alle Kitas in Hessen miteinzubeziehen. Auch ein Durchmischen der Gruppen müsse konsequenter vermieden werden, um Infektionsketten und Quarantäne von ganzen Kitas vermeiden zu können.

CORONA-AUFHOLPROGRAMM FÜR SCHÜLER

In der Debatte um pandemiebedingte Lernrückstände von Schülerinnen und Schülern kritisierte der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen das wieder einmal abwartende Verhalten der Landesregierung, während der Bund bereits handle. „243.000 Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 waren seit Mitte Dezember nicht mehr in der Schule und werden es auch bis Ende Mai nicht sein. Dafür ist allein die Landesregierung verantwortlich, ebenso wie für das permanente Chaos an den Schulen.“ Die SPD-Fraktion habe frühzeitig davor gewarnt,

Probleme nicht schön zu reden. „Seit Monaten fordern wir, allen Schülerinnen und Schülern mit dem Wechselmodell mindestens einen Präsenztage pro Woche zu ermöglichen, damit sie Unterstützung erhalten“, so Degen. Nun müsse konkret ermittelt werden, wie viel Schulstoff versäumt wurde. Dementsprechend brauche es dann ein verbindliches und mindestens einjähriges Förderprogramm, um die psychische Gesundheit und das soziale Miteinander der Schülerinnen und Schüler zu fördern und den Lernrückstand aufzuholen.

NACHTEILSAUSGLEICH

Der Hessische Landtag hat über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Taubblinden- und ein Gehörlosengeld debattiert. Dieser habe viel zu lange auf sich warten lassen, machte die behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Ulrike Alex, deutlich. „Schon seit Jahren haben Betroffene einen solchen Nachteilsausgleich gefordert. Und wir haben deshalb sowohl ein Taubblinden- als auch ein Gehörlosengeld mehrfach beantragt. Beides blieb den Betroffenen jedoch bislang verwehrt“, so Alex. Aufgrund eindrücklicher Schilderungen der Betroffenen, ihrer Angehörigen und engagierter Organisationen im Sozialausschuss, seien die Bedürfnisse der Betroffenen überdies den Abgeordneten aller Fraktionen seit Jahren bekannt gewesen. „Andere Bundesländer sind längst vorgegangen, nur Hessen hat sich wieder einmal gewehrt. Durch die lange Wartezeit auf den Nachteilsausgleich ist den Betroffenen viel Lebensqualität unwiederbringlich verloren gegangen“, kritisierte Alex.



Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Kunkel,
Martina Häußl-David,
Luisa Neurath